

AK 2 | (Neu) Festgesetzte Ausschlussmechanismen? Eine Bilanz bestehender Machtdispositive in den lateinamerikanischen Andenstaaten.

Koordinatorinnen: Marie Jasser, Isabella Radhuber

bestätigte Vortragende: Ulrich Brand (ulrich.brand@univie.ac.at), René Kuppe (rene.kuppe@univie.ac.at), Marie Jasser, Isabella Radhuber

In den letzten Jahrzehnten haben bisher ausgeschlossene Gruppen bestehende Machtbeziehungen angefochten, die sich staatlich und extrastaatlich unterschiedlich festgesetzt hatten. In den lateinamerikanischen Andenstaaten haben eine Vielfalt an Akteuren seit der neoliberalen Periode politische, juristische, ökonomische und kulturelle Veränderungen angestoßen. Eine prominente Rolle nahmen dabei indigene Gruppen ein, die zudem intersektionale Ausschlußmechanismen berücksichtigten, d.h. die Art und Weise wie verschiedene und überlappende Zuschreibungen (bspw. indigen, Frauen, arm etc.) diese Mechanismen verstärken. Im Kontext dieser postkolonialen Gesellschaften adressierten sie Machtbeziehungen, die sich historisch über Recht, (kulturelle) Repräsentation und Ressourcenverteilung generell –und Finanzen sowie natürliche Ressourcen betreffende Politik im Besonderen– festgeschrieben haben. Sie wendeten sich gegen Ausschlussmechanismen, und setzten sich für eine weitere Demokratisierung im Sinne von mehr Mit- und Selbstbestimmung ein, wobei ihre Anliegen in vielen Fällen als Teil eines breiter gedachten staatlichen Transformationsprozesses – beispielsweise im Zusammenhang progressiver Regierungen bzw. eines neuen Konstitutionalismus – gedacht wurden. Dabei wurden Durchbrüche erzielt, und unmittelbar danach auch undurchdringbare Grenzen angetroffen, die darüber Aufschluss geben inwieweit Exklusionsmechanismen aufgelöst oder (neu) festgesetzt wurden; dies bietet eine Möglichkeit, eine zeitgenössische Bilanz bestehender postkolonialer Machtdispositive in den lateinamerikanischen Andenstaaten zu ziehen. Das Panel widmet sich den folgenden Fragen:

- Welche Gruppen waren seit den 1990er Jahren durch bestehende Machtbeziehungen und –dispositive benachteiligt? Wie und über welche Zuschreibungen haben sich diese Ausschlussmechanismen festgesetzt?
- Inwiefern haben diese Gruppen spezifische Beziehungen und Dispositive angefochten? Welche Erfolge konnten sie verzeichnen, welche Widerstände und Grenzen haben sie angetroffen?
- Über welche rechtlichen, kulturellen, politischen und ökonomischen Dispositive haben sich diese Machtbeziehungen festgeschrieben? Welche Aspekte eines gegenwärtigen postkolonialen Machtdispositivs enthüllen sie?
- Welche politischen Vorschläge und Strategien für eine Veränderung dieser Beziehungen haben sie eingebracht? Inwiefern haben sie sich innerhalb eines breiter gefassten (mitunter staatlichen) Transformationsprozesses verortet?

Marie T. Jasser forscht zu sozialen Bewegungen in Bolivien. Sie studierte International and Cultural Business Studies in Passau und Santa Cruz de la Sierra. Derzeit ist sie Studentin der Politikwissenschaften und Internationalen Entwicklung an der Universität Wien. E-Mail: marie.jasser@univie.ac.at

Isabella M. Radhuber forscht zu Demokratie und Ressourcenpolitik in Lateinamerika und Europa. Derzeit ist sie Marie S. Curie Postdoc-Stipendiatin des österreichischen Wissenschaftsfonds. Für mehr Details siehe <https://politikwissenschaft.univie.ac.at/ueber-uns/mitarbeiterinnen/radhuber/> E-Mail: isabella.radhuber@univie.ac.at